

// NR. 2-2018 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

- 3 Auf ein Wort
- 4 Die Pflegeausbildung
- 4 GEW-Seniorinnen und Senioren bei der Arbeit
- 6 Ungebetene Gäste – nein Danke!
- 7 Thema Demenz – ein Mut machendes Buch
- 8 Engagement für die Maan Jee School in Karachi / Pakistan
- 10 Nach der Stunde null – Wie Schule und Lehrerschaft mit der Nazizeit umgingen
- 11 Aus der jüdischen Geschichte Mannheims
- 12 Leserzuschriften
- 13 Eugen-Rombach-Tage 2018
- 15 Einladung zum vierten politischen Seminar für die Mitglieder im Ruhestand / Südbaden in Wiesneck bei Freiburg

Impressum

Aktiver Ruhestand: Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg

Redaktion: Barbara Haas, Beatrix Boestel und Erwin Trunk.

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. 07231 35 90 55, E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70, verantwortlich für Anzeigen: Sabine Ebert, Tel. 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12–14, 73230 Kirchheim unter Teck

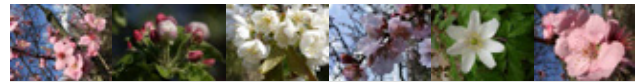
Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. Melden können sich gerne auch Kolleginnen und Kollegen, die in der Redaktion mitarbeiten wollen. AR

Titelfoto: Tübingen, Foto Anne Jenter

Juni 2018



Gratulation

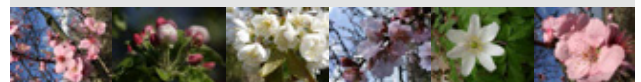
Barbara Haas – Leiterin der Redaktion AR wurde 70

Am Anfang unserer Zusammenarbeit sagte Barbara Haas einmal, als wir uns über unsere Tätigkeiten als Senioren austauschten: „Mein Hobby ist die GEW“. Die Breite von Barbara Haas' Einsatzbereichen in 40 Jahren hat Doro Moritz im Heft b&w vom März gebührend gewürdigt und damit aufgezeigt, dass sie mit ganzer Seele in diesen Aufgaben aufgeht. Zu all ihren Aufgaben leitet Barbara Haas mit Elan die Redaktion des ‚Aktiven Ruhestand‘ (AR), die sie Anfang 2014 in der Nachfolge von Michael Rux übernommen hat.

Liebe Barbara, wir profitieren von Deinem reichen GEW-Erfahrungsschatz, Deinen umfassenden Kenntnissen gesetzlicher Bestimmungen und Regelungen und Deinem Wissen und sicheren Gespür für die immer gerade aktuellen Themen, die Senioren Generationen betreffend. Wir bewundern Deine Energie und Deinen unermüdlichen Einsatz für die Älteren. Du bist das Herz unserer kleinen Gruppe. Möge dies noch lange so bleiben.

Wir gratulieren Dir herzlich zu Deinem 70. Geburtstag, den Du im März feiern darfst!

Dein Redaktionsteam



Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nun haben wir nach langem Ringen eine neue Bundesregierung mit einem umfangreichen Koalitionsvertrag, der uns alle betrifft: „Ein neuer Aufbruch für Europa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“. Die Seniorenpolitik im engeren Sinne nimmt wenig Raum ein: Gerade mal eine Seite von 175 widmet sich den Seniorinnen und Senioren. In rund 14 anderen Bereichen sind wir „mitgemeint“. Entscheidend ist allerdings, was die Bundesregierung daraus macht. Schon jetzt werben Bundesfamilienministerin und Bundesgesundheitsminister publikumswirksam für die Aufwertung der Pflege. In dem der Seniorenpolitik gewidmeten Abschnitt definiert der Vertrag einen Schwerpunkt zum ersten Mal deutlich: Die Bundesregierung will der Altersdiskriminierung und der Einsamkeit entgegenwirken; Strategien und Konzepte zur Vorbeugung werden angekündigt. Sehr konkret wird die Koalition dazu allerdings nicht. Die Bundesregierung sollte die Empfehlungen des 7. Altenberichts zur Grundlage machen, da steht schon vieles drin: Ausbau von Netzwerken und Infrastrukturen durch die Kommunen, Bildungsangebote auch im ländlichen Raum, breite Digitalisierung mit niederschweligen Angeboten für ältere Menschen ohne PC und ohne PC-Kenntnisse, Ausbau medizinischer Vorsorgezentren, mehr Mehrgenerationeneinrichtungen etc. In den 14 Bereichen des Koalitionsvertrags gehen die seniorenpolitischen Vorhaben dann auch in dieselbe Richtung: Beim Thema Wohnen will man Seniorengenossenschaften und sozialen Wohnungsbau stärken, ferner Mehrgenerationenhäuser auf dem Land fördern. Der öffentliche Nahverkehr soll elektronische Tickets einführen. Die Digitalisierung soll zielgruppenspezifisch vorangetrieben werden. In der Rente soll es Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und der Mütterrente geben, der öffentliche Gesundheitsdienst und Hospiz- und Palliativversorgung sollen gestärkt werden. Ältere Menschen sollen als Verbraucher besser geschützt werden. Kultur und Bildung soll für alle zugänglich sein. Alles in allem gute Ansätze, doch es bleiben Zweifel an der Umsetzung. Das geht nicht ohne die Kommunen, die mit dauerhafter (finanzieller) Unterstützung Strukturen entwickeln müssen und nicht mit einem zeitlich begrenzten soundsovielten Förderprogramm.



Eine wichtige Ankündigung der Koalition für die Seniorenpolitik ist die, den 1992 eingeführten Bundesaltenplan gemeinsam mit den Seniorenorganisationen weiterzuentwickeln und auszubauen. Welche Organisationen gemeint sind, wird nicht genannt. Der Bundesaltenplan – entstanden aus einer internationalen Initiative für Altersfragen – ist ein zentraler Förderplan und Planungsgrundlage für Projekte der Bundesländer und Kommunen zur Finanzierung der praktischen Altenhilfe. Er soll die Gewährleistung von Schutz und Hilfe im Alter, die aktive Partizipation und Aktivierung der Potenziale von älteren Menschen sowie die Unterstützung von behinderten älteren Menschen für ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern. Erst 2009 sind dazu Richtlinien in Kraft getreten, die dringend weiterentwickelt werden müssen. Sieht man die Realität der Altenhilfe und der Teilhabe der älteren Menschen an, müssen auch hier die Gewerkschaften ihre Vorstellungen vehement einbringen.

Teilhabe soll nach dem Willen der Bundesregierung durch die Stärkung des Ehrenamtes entstehen. Dabei soll dieses steuerlich besser gestellt werden und mehr Unterstützung durch Hauptamtliche erfahren. Auch das betrifft die Kommunen, die ja von dem bürgerschaftlichen Engagement nicht nur der älteren Menschen profitieren. Demokratie soll gefördert werden, für Senior/innen ist allerdings an keiner Stelle von der Förderung der entsprechenden Strukturen durch Seniorenmitwirkungs- und -mitbestimmungsgesetze die Rede. Hier gibt es noch viel zu tun. Es wird sich weisen müssen, was davon tatsächlich wirksam umgesetzt werden wird. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Bundesregierung nicht allein das wesentliche Thema „Pflege“ betreibt, sondern die Förderung der Lebensqualität aller älteren Menschen.

Barbara Haas

Die Pflegeausbildung

// Thema der alten und der neuen Koalition //

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt immer mehr an, auch die Zahl der Hochaltrigen. Demografisch betrachtet wird dies zunehmend ein gesellschaftliches Problem, da die Zahl der Pflegekräfte seit Jahren nicht in dem Maße steigt, wie die der älteren Menschen. In den Pflegeheimen befinden sich aber nur unter 30 Prozent der Bedürftigen, über 70 Prozent werden zu Hause gepflegt, unter großen Anstrengungen der Angehörigen. Trotzdem ist klar: es muss mehr professionelle Pflegefachkräfte geben. Und – man muss mehr für die pflegenden Angehörigen tun. Als letzte Reform zur Pflege haben der alte Bundestag und der Bundesrat bereits 2016 die gemeinsame Pflegeausbildung von Kranken-, Alten- und Kinderkrankenhaufachkräften beschlossen, nach über einjährigem Hick-Hack und entsprechend vielen Kompromissen. Nun ist es an der neuen Koalition, die Umsetzung voranzutreiben.

Was soll verändert werden:

Die Altenpflege soll nach dem Willen der Bundesregierung attraktiver werden! Eine gemeinsame dreijährige Ausbildung der drei Pflegerichtungen mit Praxisanteilen führt zu einem generalisierten Abschluss. Die Fachrichtungen haben schon lange Überschneidungen: Altenpflege wird medizinisch immer anspruchsvoller, weil sich in Pflegeheimen mehr chronisch und mehrfach erkrankte Hochaltrige befinden. Die Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld bleiben und erst, wenn es nicht mehr anders geht, in Pflegeeinrichtungen wechseln. Daher sind medizinische Kenntnisse in der Pflege immer notwendiger. Andererseits brauchen auch Krankenpflegekräfte mehr Kenntnisse und Erfahrungen mit älteren pflegebedürftigen, oft an mehreren Krankheiten leidenden Menschen. Der Befürchtung, die neue Struktur der Pflegeausbildung könnte dazu führen, dass alle Fachkräfte nun einen Arbeitsplatz im Krankenhaus suchen könnten, begegnet das neue Gesetz mit der Möglichkeit, dass Auszubildende, die Altenpflege oder Kinderkranknenpflege wählen wollen, sich bereits nach zwei Jahren Ausbildung dorthin spezialisieren können (aber nicht müssen). Zugangsvoraussetzung sind 10 Schuljahre und ein entsprechender Abschluss. Die Ausbildung schließt mit einer

staatlichen Prüfung ab. Es besteht die Möglichkeit, nach zwei Jahren Ausbildung als Pflegeassistent/in zu arbeiten, da man weiterhin auch den Hauptschulabschluss/innen den Weg in die Pflege offen halten will. Eigentlich sollten Kranken-, Alten- und Kinderkranknenpflege zu einem einheitlichen Berufsbild zusammengeführt werden. Das ist nun wieder ein lauwarmer Kompromiss!!

Abgeschafft wird das Schulgeld, das in einzelnen Bundesländern noch zu zahlen war, es soll eine „angemessene“ Ausbildungsvergütung gewährleistet werden. Endlich müssen die (teilweise privaten) Pflegeschulen einen Nachweis erbringen, dass sie eine „angemessene“ Zahl an fachlich und pädagogisch qualifizierten Lehrkräften beschäftigen. Zu begrüßen ist, dass die Pflegefachkräfte mehr Auswahlmöglichkeiten haben, auch durch die EU-weite Anerkennung. Ergänzend soll es ein dreijähriges berufsqualifizierendes Pflegestudium mit einem akademischen Abschluss geben, um die Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten. Welchen akademischen Grad man vorsieht, ist noch nicht klar.

Inzwischen haben die neuen zuständigen Minister (Bundesfamilienministerin und Bundesgesundheitsminister) die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung zum Pflegeberufgesetz vorgelegt, nachdem ein Jahr Stillstand herrschte. Es bleibt noch viel zu tun, bevor ab 1.1.2020 die ersten Auszubildenden beginnen können. Alle vorher begonnenen Ausbildungen können nach den bisher geltenden Regelungen abgeschlossen werden.

Mit einem Sofortprogramm will die neue Bundesregierung darüber hinaus neue Akzente in der Pflege setzen: 8000 Fachkraftstellen sollen in Pflegeeinrichtungen für medizinische Behandlungspflege die Personalausstattung verbessern – nur ein Tropfen auf den heißen Stein, betrachtet man die große Anzahl der Pflegeeinrichtungen. Eine „Konzertierte Aktion Pflege“ soll eine Ausbildungsoffensive starten, die Rückkehr von Teil- in Vollzeit erleichtern, bessere Gesundheitsvorsorge für die Beschäftigten bieten u.a.m. Pflegenden Angehörigen sollen einen Rechtsanspruch auf eine Auszeit zur Rehabilitation erhalten. Leider ist die neue Koalition nicht bereit, die Regelungen für die Elternzeit analog für die Pflege umzusetzen. Die Ar-

beit der Angehörigen (2/3 Frauen) muss endlich aus der Unsichtbarkeit heraus und gut entlohnt werden. Für die Pflegefachkräfte will die neue Bundesregierung die Anwendung von Flächentarifverträgen stärken. Hier sollte die Gewerkschaft offensiv werden, damit nicht allzu lange auf eine bessere und für alle Pflegeberufe gleiche Bezahlung der Pflegekräfte gewartet werden muss.

Aktuell greift auch der Demografiebeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg, Thaddäus Kunzmann (CDU) das Thema Pflege auf. Er warnt vor der großen Zahl notwendiger Pflegekräfte (40 000 bis 2030) und fordert die Erleichterung der Zuwanderung zigtausender Pflegearbeitskräfte aus dem Ausland. Diese werden aber in ihrem Heimatland zur Pflege älterer

Menschen ebenfalls dringend gebraucht. Außerdem müssten sich ältere Menschen vermehrt selbst umeinander kümmern. Hier drängt sich mir der Vergleich mit den sog. Hausfrauenlehrerinnen in den 50er Jahren oder der Quereinsteiger/innen ohne ausreichende Qualifikation zur Abhilfe des Lehrermangels auf. Professionelle Pflege muss Qualität haben und gut bezahlt werden. Es kann nicht sein, dass die allein lebenden Hochaltrigen – dies sind vor allem Frauen – sich verstärkt um sich selbst kümmern müssen und Nachteile haben, wenn sie nicht von Angehörigen gepflegt werden können. Kunzmann fordert auch mehr Geld für gutes Wohnen, dies ist ein, wenn auch kleiner, erster Schritt in die richtige Richtung.

Barbara Haas

GEW-Seniorinnen und Senioren bei der Arbeit



Der Fachbereich Seniorenpolitik und der Landesfachgruppenausschuss Mitglieder im Ruhestand arbeiten gemeinsam an seniorenpolitischen Themen und lassen sich von der Landesvorsitzenden über die aktuelle bildungspolitische Situation informieren.

Foto: Gunter Krieger

Ungebetene Gäste – nein Danke!

// Seniorinnen und Senioren besuchten eine kriminaltechnische Beratungsstelle //

Sich in seinen vier Wänden lange sicher fühlen können und dürfen ist von subjektiven Gefühlen, aber auch von objektiven Gegebenheiten abhängig. Ist doch unser Zuhause der zentrale Ort in unserem Leben, unser Platz zur Erholung und unser Rückzugsort. Ein Grund mehr, sich gerade im Ruhestand damit zu befassen, was man zur Verbesserung der eigenen Sicherheit tun kann, wo man jetzt mehr Zeit dort verbringt als früher.

Wir lesen immer wieder und es schreckt uns: Etwa alle zwei Minuten wird in Deutschland in eine Wohnung oder in ein Haus eingebrochen. Der finanzielle Schaden ist oft hoch, der Verlust persönlicher Erinnerungsstücke wiegt schwer und psychologische Folgen können den Betroffenen noch lange zusetzen. Zugleich wissen wir auch, dass die Sicherheitstechnologie nach den Gesetzen des Marktes funktioniert. Gut in ein Faktenpaket verpackt, werden uns Dienstleistungen angeboten, die sündhaft teuer sind. Was tun?

Sicherheitsexperten sind sich einig: Wer sein Zuhause effektiv gegen Einbrüche schützen will, kommt um eine solide mechanische Grundsicherung nicht herum. Das Ziel ist dabei, den schnellen unkomplizierten Einstieg in die Wohnung zu erschweren. Wer glaubt, Einbrecher brauchen ein paar Minuten, um ins Haus einzudringen, der irrt. Routinierte Diebe brechen in weniger als zehn Sekunden ein. Sie steigen vor allem durch Fenstertüren und Fenster ein oder spazieren geradewegs durch die Eingangstür. Meist reicht ein einfaches Werkzeug zum Aufhebeln, etwa ein Schraubenzieher. Selten haben die Einbrecher mehr dabei als diesen.

Aktiv werden, nicht nur sich schrecken lassen: Die GEW-Seniorinnen und Senioren in Heilbronn vereinbarten einen Termin mit der kriminalpolizeilichen Be-

ratungsstelle, ließen sich informieren und bekamen Schutzvorrichtungen und Nachrüstungsmöglichkeiten vor Ort präsentiert. Umfassend war die Aufklärung über einbruchhemmende Türen/Tore, Fenster/Fassaden, Roll- und Klappläden, einbruchhemmende Gitter und Nachrüstprodukte. Der Beamte führte Schließanlagen vor, die schwer zu knacken sind und neueste Elektronik, mit der man zu jeder Zeit sein Hab und Gut im Blick behalten kann. Er räumte aber auch auf mit Vorurteilen. „Wenn Sie Einbrecher werden wollen, dann kommen Sie am besten zwischen frühem Nachmittag und 20 Uhr – dann haben Sie die größten Chancen“, scherzte der Beamte. Nicht einmal lautlos müsse dabei vorgegangen werden: „Wenn’s scheppert, interessiert das keinen Menschen, weil zu der Zeit der ganze Umweltlärm da ist.“

Mit Sicherheit werden manche der Kolleginnen und Kollegen jetzt das kostenlose Angebot einer Beratung in ihrer eigenen Wohnung annehmen. Mit geübtem Blick erkennen die Fachberater – die selbstverständlich nicht in Uniform kommen – wo die Schwachstellen sind. Firmenempfehlungen dürfen sie keine geben, aber es gibt eine Liste der Fachbetriebe beim Landeskriminalamt, die die Polizei für seriös hält. Und seit neuestem beteiligt sich der Staat auch an den Kosten.

Auch gibt es in den kriminaltechnischen Beratungsstellen sehr gut gemachtes Informationsmaterial zum häuslichen Selbststudium.

Unter <http://www.polizei-beratung.de/medienangebot/thema/diebstahl/> kann man Broschüren und Falbblätter aus dem Internet herunterladen.

Karlheinz Trumpf

Thema Demenz – ein Mut machendes Buch

// Helga Rohra, man nennt sie „Demenzaktivistin“, ist seit vielen Jahren Keynote-Speaker auf den wichtigsten Kongressen und ist durch Lesungen, Vorträge und Talkshows deutschlandweit bekannt geworden. Es ist ihr gelungen, das Thema Demenz salonfähig zu machen. Ihre Botschaft stärkt Betroffene als auch Angehörige und Pflegende. 2016 erschien ihr Buch: „Ja zum Leben trotz Demenz“ bei medhochzwei, das sie unter Mitwirkung von Ulrike Bez verfasste. //

Vor ihrer Diagnose Lewy-Body-Demenz im Jahr 2008 war die Autorin eine gesuchte und erfolgreiche Konferenzdolmetscherin und erst 54 Jahre alt. Heute übersetzt sie die Gedanken- und Gefühlswelten der Menschen mit Demenz für die Gesunden. Seit 2012 Vorsitzende der Europäischen Arbeitsgruppe der Menschen mit Demenz, hat sie das Ziel, die Bedürfnisse und Forderungen an Demenz Erkrankter zu artikulieren und sie auf nationaler und europäischer Ebene voranzubringen. 2014 erhielt sie den Deutschen Engagementpreis und 2015 wurde sie zur Botschafterin für internationales Engagement ernannt. Sie sitzt in den wichtigsten Gremien der Alzheimergesellschaften, wo sie engagiert zeigt, wie es geht: „Mit uns reden und nicht über uns!“, eines ihrer großen Anliegen. Ihre Botschaft: „Demenz muss nicht das Ende sein.“ Sie wünscht sich eine inklusive Gesellschaft, die nicht ausgrenzt, sondern einbezieht, d.h. sich auf die Bedürfnisse der Erkrankten einstellt, auf sie zugeht und den Dialog mit ihnen sucht. Ihr Buch thematisiert die Menschen mit Demenz, ihren Stellenwert in der Gesellschaft, ihre Rechte, Wünsche und Bedürfnisse, und schildert, wie sie selbst durch die Krankheit eine neue Lebensphilosophie entwickelt hat. Das ist beeindruckend. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Veränderung der Sicht auf das Phänomen Demenz.

Vor allem befasst sich Helga Rohra mit den jungen Erkrankten, den 20-, 30-, 50-Jährigen, die mit der Diagnose aus ihrem Beruf katapultiert und abgeschoben werden, wie sie selbst vor 10 Jahren, ohne Hilfestellungen und Perspektiven wie es weitergehen soll. „Sieh den Menschen – nicht die Diagnose!“, sagt Rohra immer wieder. Jeder Betroffene behält auch in der Demenz einen Teil seiner früheren Fähigkeiten lange Zeit bei. Das sind Ressourcen, die in den Berufsfeldern noch etliche Jahre genutzt werden könnten. Doch stattdessen werden die Erkrankten ganz schnell aussortiert, meist gleich zum Sozialfall gemacht.

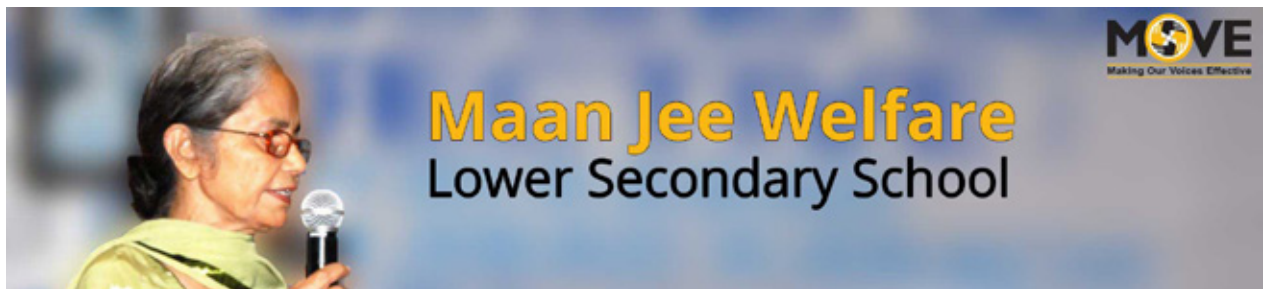
Helga Rohra fordert Inklusion, z.B. in einem ersten Schritt machbar durch einen amtlichen Demenzausweis, ähnlich einem Schwerbehindertenausweis, in dem offiziell steht, welche Hilfe benötigt wird, ausgestellt vom Versorgungsamt. Diesen kann der Behinderte dann jederzeit als Bitte um Mithilfe im Alltag und im Bedarfsfalle vorzeigen, um verstanden zu werden. Denn: Demenz ist eine nicht sichtbare Behinderung. Das Demenzbild darf nicht von seinem Ende her betrachtet werden sondern von seinem Anfang her und die noch existierenden Fähigkeiten müssen in den Fokus rücken statt der Unfähigkeiten, die die Krankheit mit sich bringt. Mit Hilfe des Vereins Trotzdemenz e.V., den sie gründete, möchte sie aufzeigen, wie eine neue, potenzialorientierte Sichtweise auf Menschen mit Demenz gelingen kann. Helga Rohra ist eine bewundernswerte und starke Frau. Ihre Argumente treffen und machen nachdenklich.

Ihr Buch ist die überzeugende Stimme einer Betroffenen, die trotzDEM und allen Widrigkeiten, die sich ihr entgegenstellen, selbst zeigt, dass das, was sie fordert, möglich ist und wäre, wenn Inklusion gewollt, wenn Politiker sich mit der Entwicklung entsprechender Programme befassen und eine umfassende Begleitung der Erkrankten, ihrer Angehörigen und der Pflegenden gesichert wäre – ab Diagnose. Ein Buch, das auch Ärzte zum Nachdenken bringen sollte. Nicht zuletzt: Bemühungen zu gesellschaftlichem Umdenken sind mehr als erforderlich.

Helga Rohras schmales Buch (100 S.) nimmt die Angst, macht Mut und motiviert. Sehr empfehlenswert.

Beatrix Boestel

*Ebenso von Helga Rohra „Aus dem Schatten treten“
Auf youtube sind mehrere interessante Vorträge von Helga
Rohra abrufbar, ebenso Talkshows.*



Engagement für die Maan Jee School in Karachi / Pakistan

Die Maan Jee School liegt in Mustafabad, in einem der ärmsten Stadtteile Karachis. Sie ist eine private Schule unter dem Dach von MOVE (Making Our Voices Effective), einem gemeinnützigen Verein, der seit 2008 neben der Maan Jee School in diesem unterprivilegierten Stadtteil auch ein Diabetes- und Gesundheitszentrum unterhält, wo die Menschen zu einem für sie bezahlbaren Preis behandelt werden. Darüber hinaus sollen Frauen wirtschaftlich und sozial gestärkt werden.

Menschen, die seit den 1970er Jahren aus den Grenzregionen Afghanistans vor Krieg und Zerstörung fliehen, bauten damals – einfach so – in der Wüste im Norden Karachis ihre Häuser. Heute leben dort 180 000 Menschen aus vielen verschiedenen Ethnien mit unterschiedlichen Sprachen.

Maan Jee School wurde 1991 von Shamim Bilgrami gegründet. Als Pädagogin und Sozialarbeiterin sah sie die Not der Flüchtlingskinder in der entstehenden Siedlung. Sie beschloss den Mädchen eine Schulbildung zu geben, um ihnen zu besseren Chancen im Leben zu verhelfen. Auf einem Teppich vor einem Haus konnte sie nach langer Überzeugungsarbeit, besonders bei den traditionellen Vätern, die ersten sechs Mädchen unterrichten. Auf Frau Bilgrami geht auch der Name der Schule zurück. Sie wurde eines Tages von einem kleinen Jungen gefragt, warum er sie mit ‚Madam‘ ansprechen solle. Auf ihre Frage, wie er sie gerne nennen würde, kam die spontane Antwort: ‚Maan Jee‘. Dies ist in Urdu ein liebe- und respektvolles Wort für Mutter.

Beatrix Boestel sprach für AR mit GEW-Mitglied Margarete Nawaz, die sich seit 2012 für die Maan Jee School stark macht und 2016 den Verein ‚Friends of Maan Jee School e.V.‘ (FoMJS e.V.) gründete.

Wie bist du zu deinem Engagement in Karachi gekommen?
Im August 2010 kehrte ich unter dem Eindruck der bisher in Pakistan größten Überschwemmungen von einer Familienfeier in Karachi zurück. 20 Mio Menschen waren betroffen, viele Überlebende hatten ihre gesamte Habe verloren. Im Herbst 2010 rief ich als Lehrerin an der Johanna-Wittum-Schule in Pforzheim zu Spenden auf. In mehreren Monaten sammelten SMV, Kollegium und Freunde eine beachtliche Summe. Zu diesem Zeitpunkt hatte jedoch die pakistanische Regierung die Versorgung der Flutopfer übernommen, private Spenden wurden nicht mehr angenommen.

Was hat euch dann motiviert, die Spenden an die Maan Jee School zu geben?

Auf der Suche nach einer Einrichtung für unsere Spenden stellte meine Schwägerin in Karachi den Kontakt zu Frau Shamim Bilgrami her. Im Wissen um die Probleme in Mustafabad beschlossen wir, die private Maan Jee School zu unterstützen. Pakistan hat eine der weltweit höchsten Analphabetenrate. Jedes zweite Kind kann nicht lesen und schreiben, wobei der Anteil der Mädchen höher ist als der von Jungen. Nur ein Viertel der Kinder erreicht die 6.Klasse.

*Was ist Maan Jee School für eine Schule?
Gibt es ein Leitbild?*

Ziel der Schule ist es, den schwer überwindbaren Kreislauf von Armut in den Familien durch schulische Bildung zu brechen. Die jungen Menschen sollen sich nach ihrer Schulzeit ein eigenständiges Leben aufbauen können, wenn möglich einen Beruf erlernen. Eine ehemalige Schülerin unterrichtet heute als Lehrerin an der MJS. Frau Bilgrami lebt ihr ‚Leitbild‘ einer Schule. Sie steht dafür, im Geist der Toleranz und des Respekts zu erziehen. Alle Ethnien, Religionen und beide Geschlechter sollen gleich wert geschätzt werden. Neben einer offenen Geisteshaltung wird bei den Schüler/innen ein Bewusstsein des Einzelnen für Verantwortung in der Gesellschaft angelegt. Die Schule wird als Bürgerzentrum genutzt, in dem bei monatlichen Treffen die Eltern neben schulischen Belangen auch über persönliche Angelegenheiten und Probleme im Stadtteil diskutieren. Frau Bilgrami unterrichtet heute nicht mehr. Sie nimmt jedoch von Zuhause aus intensiv und aktiv an allen Entwicklungen in der Schule teil.

Ursprünglich war die Schule dafür gedacht, die Schulbildung von Mädchen zu fördern. Warum gehen jetzt auch Jungen in die Schule?

Die Mütter und Väter hatten nach einiger Zeit Vertrauen zu Frau Bilgrami, der Schule und ihrer Sozialarbeit gefasst. Sie erkannten, welche Möglichkeiten ein Schulbesuch ihren Kindern eröffnet. Die Eltern baten die Schulleitung deshalb, auch die Brüder der Mädchen in die Schule aufzunehmen. Der Anteil an Mädchen überwiegt auch heute noch. Das Schulgeld beträgt im Monat 1,25 €, Geschwister zahlen die Hälfte, Bedürftige erhalten einen Freiplatz. Im Vergleich zu anderen privaten Schulen liegt diese Gebühr am unteren Ende der Skala.

Welche Aktivitäten treibt der Verein ‚FoMJS e.V.‘ voran? Gibt es ein aktuelles Projekt?

Durch regelmäßigen persönlichen Kontakt mit den Verantwortlichen der Maan Jee School wissen wir, welche Projekte anstehen. 2017 konnten wir die Anschaffung dringend benötigter neuer Stühle und Tische für die ersten Schulklassen finanzieren. Fachlich, pädagogisch und methodisch gut ausgebildete Lehrerinnen sind eine Voraussetzung für guten Unterricht. 2017 stellten wir für die Qualifizierung von drei Lehrerinnen Gelder für eine dreimonatige Fortbildung in ihren Fächern bereit. Für weitere drei Lehrerinnen finanzieren wir eine einjährige fachbezogene Weiterbildung. Zwei Lehrerinnen ermöglichen wir das erste Studienjahr zum Bachelor of Education. Alle Fortbildungen finden berufsbegleitend statt. Weit oben steht der Wunsch nach einer neuen Schule. Das bisherige Gebäude ist alt, ein Schulhof oder ein anderer Raum zum Spielen fehlen. Die Klassenzimmer sind mit mehr als 40 Schüler/innen voll. Die sanitären Einrichtungen, die Trinkwasseraufbereitung und Klimatisierung im Wüstenklima sind unzureichend.

Wie könnte eine Mitarbeit neuer Interessierter bei ‚Friends of Maan Jee School e.V.‘ aussehen?

Unser Verein ist seit Juni 2016 auf 31 Mitglieder angewachsen. Wenn Sie uns unterstützen wollen, begrüßen wir Sie gern als neues Mitglied. Spenden sind genauso willkommen wie jede Idee, die uns bei der Verwirklichung unserer Ziele hilft. Wir freuen uns, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen.

Kontakt:

Margarete Nawaz info@friendsofmaanjeeschool.de
www.friendsofmaanjeeschool.de (im Aufbau)
www.movepakistan.org



Nach der Stunde null – Wie Schule und Lehrerschaft mit der Nazizeit umgingen

// „Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen“. Diesen Satz aus William Faulkners „Requiem für eine Nonne“, mit dem Christa Wolf ihren Roman „Kindheitsmuster“ einleitet, wählte Michael Rux als Motto für seinen Vortrag. //

Die Diskussion, auf welche Weise die GEW und ihre führenden Repräsentanten mit der Nazivergangenheit umgingen und weiter umgehen, ist in jüngerer Zeit neu entbrannt und spielte auch auf dem Freiburger Bundes-Gewerkschaftstag der GEW im Mai 2017 eine Rolle, wo vor allem die Jungen in der GEW, beispielsweise die Studierenden, kritisch nachfragten. Auch in einigen GEW-Publikationen wird und wurde hierüber kontrovers diskutiert.

Er wolle keinen historischen Fachvortrag halten, sondern aus seinen Erinnerungen über die Aufarbeitung der NS-Zeit in der Schule und in der GEW berichten, gestützt auf seine Begegnungen mit den vor und nach 1945 im Badischen Lehrerverein und der GEW handelnden Personen. Diese selbstgestellte Aufgabe hat er mit seinen bewegenden Ausführungen hervorragend gelöst. Sehr unterschiedliche soziale Gruppen im pädagogischen Bereich waren nach dem Krieg noch da: Eine kleinere Gruppe jener, die unter dem NS-Staat gelitten aber in der Regel geschwiegen, Einzelpersonen wie Heinrich Rodenstein, die das Unrechtssystem bekämpften, aber auch viele, die in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aktiv mitgestaltet oder sogar Karriere gemacht hatten. Vereint waren sie durch ihren Beruf und als Lehrkräfte, die weiter oder wieder arbeiten wollten. Sie fanden sich zusammen, gründeten den Lehrerverein neu und schufen daraus die GEW. Anschließend schwiegen sie weiter über das Vergangene. Erst ab dem Beginn der sechziger Jahre hat die deutsche Gesellschaft begonnen, sich mit ihrer jüngeren Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen. Da waren die Lehrerschaft und ihre Organisation, die GEW, keine Ausnahme. Aber wenn Michael Rux etwas aus seiner Beschäftigung mit unserer Vergangenheit gelernt hat, dann dieses: „Das lässt sich nicht *bewältigen*, also ein für alle Mal abarbeiten, sozusagen in einem großen und symbolischen Reinigungsakt, und dann ist es erledigt, etwa nach dem Motto: Fort mit Schaden. Wir können nur immer den Boden dafür bereiten, dass die

jeweils nächste Generation sich selbst damit befasst, dass die Jungen selbst darüber erschrecken, welche Last wir zu tragen haben, welches Elend wir über die Welt und über uns selbst gebracht haben. Jede Generation, jede/r einzelne muss jedes Mal neu erfahren, was war, damit es nicht nochmals geschehe.“ Wir haben also Anlass zu einem kritischen Rückblick auf die Arbeit unserer Vorgängerinnen und Vorgänger und vor allem auch auf unseren eigenen Anteil daran.

Michael Rux blickt heute auch mit Genugtuung und einem gewissen Stolz darauf zurück, dass es nicht zuletzt die GEW als Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes war, die den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus zu einer ihrer Aufgaben erklärt und die tatkräftig an der Entwicklung der heutigen Erinnerungskultur mitgearbeitet hat.

Als Zeitzeuge, der lange Jahre in wichtigen Positionen in unterschiedlichen Gremien der GEW Baden-Württemberg tätig war, hat Michael Rux mit seiner Rede die Zuhörer gefesselt und anekdotenreich einen wichtigen Beitrag zu dieser gewerkschaftspolitischen Erinnerungskultur geliefert. Dafür gebührt ihm unser aller Dank.

Bert Färber



Michael Rux bei der GEW - Personengruppe Mitglieder im Ruhestand Kreis Freiburg.

Aus der jüdischen Geschichte Mannheims

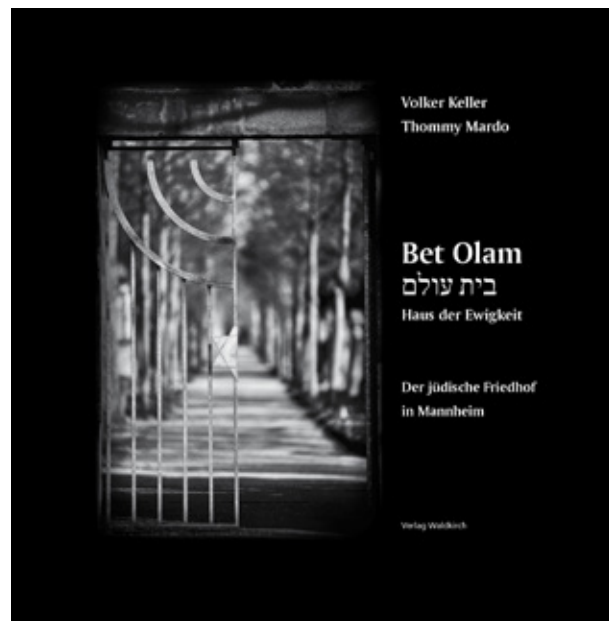
// Bet Olam – so lautet der Titel des Buchs von Volker Keller und Thommy Mardo über den jüdischen Friedhof in Mannheim, das in diesen Tagen mit einer stimmungsvollen Feier der Öffentlichkeit vorgestellt wurde //

Seit mehreren Jahrzehnten beschäftigt sich unser GEW-Kollege Volker Keller mit der jüdischen Geschichte Mannheims. Sie ist für ihn integrierte Geschichte Mannheims. „Die Gegenwart ist ohne die Vergangenheit nicht zu verstehen“, betont Schoschana Maitek-Drzevitzky, die frühere 1. Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in ihrem Vorwort.

Bereits 1661, nur wenige Jahre nach der Stadtgründung, wurde der erste jüdische Friedhof eröffnet, Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte die Eröffnung des neuen Friedhofs gemeinsam mit dem Hauptfriedhof. Die Fotografien von Thommy Mardo und die Texte von Volker Keller bringen uns viele bekannte Persönlichkeiten und deren Verdienste um die Stadt Mannheim nahe. Die Mannheimer Kunsthalle, die nicht nur über die größte Sammlung deutscher Bildhauerwerke des 20. Jahrhunderts verfügt, sondern auch mit ihrem umfangreichen Werk der Neuen Sachlichkeit einen Namen unter Kunstliebhaber/innen hat, hätte ohne den finanziellen Grundstock der jüdischen Familie Aberle nicht entstehen können. Es sind Mitglieder des Stadtrats, Landgerichts- und Handwerkskammerpräsidenten, Ärzte, Krankenschwestern, Verleger von Schulbüchern und juristischen Fachwerken, Lehrerinnen, Soldaten, die im 1. Weltkrieg ihr Leben für Deutschland gelassen haben – Bürgerinnen und Bürger, denen Mannheim viel zu verdanken hat. Über 6000 jüdische Mannheimer/innen waren es 1933, zwei Drittel von ihnen konnten fliehen, nur wenige der in Mannheim Verbliebenen überlebten. Das Buch ruft aber auch ins Bewusstsein, dass es heute wieder eine jüdische Gemeinde in Mannheim gibt, dass es trotz des Naziterrors Menschen gab, die nach 1945 in ihre Heimatstadt zurückgekehrt sind.

Insofern ist dieses Buch nicht nur informativ, nicht nur mit seinen wunderbaren schwarz-weiß Fotografien ästhetisch – und vor allem nicht nur ein Buch über einen Friedhof. Es vermittelt das volle Leben, als das, was jüdische Friedhöfe auch bezeichnet werden: als Haus des Lebens, als Bet Chajem.

Hildegard Klenk



**Ein lesenswertes Buch –
nicht nur für Mannheimer/innen.
Volker Keller
Thommy Mardo
Bet Olam – Haus der Ewigkeit
Der jüdische Friedhof in Mannheim
Verlag Waldkirch**

zu „Aktiv gegen Berufsverbote!“ im Aktiven Ruhestand 1-2018

„Beim Lesen des Artikels „Aktiv gegen Berufsverbote!“ im „Aktiven Ruhestand“ 1-2018 ist mir die Galle übergelaufen. Das, was sich die GEW damals im Zusammenhang mit dem Radikalenerlass geleistet hat, kann nicht einfach mit Bedauern und irgendwelchen Initiativgruppen oder Kommissionen, letztlich durch „Aussitzen“ erledigt werden. Man muss sich das einmal vorstellen: anstatt ihren Mitgliedern, unseren Lehrerkolleg/innen, in der Auseinandersetzung mit dem Kultusministerium Rechtsschutz zu gewähren, hat die GEW sie ausgeschlossen!

Dafür sollte sich die Gewerkschaft in Grund und Boden schämen!

Aus Erzählungen von Betroffenen weiß ich, dass die Anhörungen meistens schlimmer abgelaufen sind als die in den Oberschulämtern! Manchmal war auch gar keine Anhörung oder Stellungnahme nötig, um wegen der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ ausgeschlossen zu werden. Da reichte schon eine einzige Unterschrift, z.B. für den Kommunistischen Bund Westdeutschland, und mit einem Federstrich war man aus der GEW rausgeflogen.

Hat der Schreiber des Artikels eigentlich nicht bemerkt, dass außer Gerede auf Konferenzen bisher nichts passiert ist? Er stellt die Solidaritätsveranstaltung von vor fünf (!) Jahren als Erfolg dar. Der Vorsitzende Ulrich Thöne bot – man höre und staune – „den Betroffenen eine Art Wiedergutmachung an“. Und, was ist daraus geworden? Mein Mann, der damals nach abgeschlossenem Studium während der Referendarzeit entlassen wurde und als Ungelernter ganz unten anfangen musste, hat davon nichts gemerkt!

Ein besonderer Skandal ist die „besondere Situation“ in Baden-Württemberg. Unser grüner Ministerpräsident, der selber Mitglied im KBW gewesen ist, aber offenbar Glück hatte und um ein Berufsverbot herumgekommen ist, unternimmt – nichts! Mit der von ihm geforderten „wissenschaftlichen Aufarbeitung“ kann man sich ja Zeit lassen. Das Problem mit den Betroffenen wird sich irgendwann in absehbarer Zeit von selber lösen, wenn diese wegsterben. Die meisten der Ehemaligen auf der Konferenz vom Oktober 2017 gehen ja sowieso schon auf die 80 zu.

Welche Schicksale teilweise hinter den Berufsverbote stehen, kann man dem Artikel „Die alte Wut bleibt“ in der E & W 10/2017 entnehmen. Viele Betroffene haben beruflich nicht mehr richtig Fuß fassen können. Reinhard Gebhardt, der Grundschullehrer werden wollte, hat ausgerechnet, dass ihm „im Lauf der Jahre rund 950 000 € an Gehalt entgangen sind“. Das ist doch mal eine Größe, mit der man rechnen könnte, wenn es um „Rehabilitierung und Entschädigung“ geht. Aber da ist es kein Wunder, dass die Landesregierung sich bedeckt hält und sich noch nicht einmal zu einer Entschuldigung durchringen kann. Und wie sähe es mit Rechtsschutz von der GEW aus, falls man dieses entgangene Gehalt einklagen wollte? Wobei das noch nicht einmal ein Ausgleich für ein zerstörtes berufliches Leben sein könnte.

Wird es nicht langsam Zeit, dass sich die GEW darauf besinnt, welchen Anteil an dem damals begangenen Unrecht sie hatte? Und darauf, dass man gerade deshalb mehr tun muss als Kommissionen einzurichten? Dass man hartnäckiger als bisher der Politik auf die Füße treten muss und notfalls auch mit juristischen Mitteln das Thema Entschädigung angehen sollte.

Damit könnte die GEW deutlich machen, dass es ihr mit ihrem Bedauern über das Geschehene ernst ist.“

Martina Warnecke

Dazu die GEW Baden-Württemberg:

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind ein dunkles Kapitel der GEW. Bundesweit wurden in den 70er Jahren rund 300 Kolleginnen und Kollegen, die den Schutz ihrer Gewerkschaft gebraucht hätten, ausgeschlossen und ihnen wurde damit der Rechtsschutz entzogen. Erst 2012 fasste der GEW-Hauptvorstand vor einer GEW-Veranstaltung in Göttingen anlässlich des 40. Jahrestags des Radikalenerlasses einen Beschluss, mit dem er die Opfer der Unvereinbarkeitsbeschlüsse um Entschuldigung bittet: „Wir stellen fest, dass die in den Jahren 1971 bis 1989 im politischen Umfeld der Berufsverbote erfolgten Gewerkschaftsausschlüsse demokratischer und linker politisch Aktiver schwerwiegende politische Fehler und schwere Verstöße gegen den Grundsatz gewerk-

schaftlicher Solidarität waren.“ Das war ein wichtiger Beschluss. Betroffene Mitglieder sind übrigens beitragsfrei gestellt, auch rückwirkend. Diese Geste ändert nichts daran, dass ein Teil der Betroffenen das Erwerbsleben in prekären Beschäftigungsverhältnissen verbrachte und in Altersarmut lebt.

Die GEW Baden-Württemberg hat in der Zeit der grün-roten Landesregierung zusammen mit Betroffenen in vielen Gesprächen, Briefen und Aktionen Aufarbeitung, Rehabilitation und Entschädigung ein-

gefordert. Bisher ohne Erfolg, auch nicht auf dem Rechtsweg. Mit der jetzigen Landesregierung sind die Chancen schlechter geworden. Aber wir bleiben dran. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse haben wir längst aus der Satzung gestrichen. Selbstverständlich bekommen Betroffene Rechtsschutz und werden solidarisch unterstützt. Erlittenes Unrecht kann nicht ungeschehen gemacht werden – ich habe Verständnis für den Groll Betroffener.

Doro Moritz, GEW-Vorsitzende

zu „Walter Kempowski: Heile Welt“ im Aktiven Ruhestand Nr. 1-2018

„Mit Beatrix Boestel, der Verfasserin der Rezension des Romans „Heile Welt“ von Walter Kempowski, stimme ich überein, dass es sich um einen sehr lesenswerten Roman handelt, der - ob der Bestseller von Walter Kempowski (z. B. „Das Echolot“) - wohl häufig übersehen wird.

Die von Beatrix Boestel verwendeten Begriffe „Unrechtsstaat“ und „Ostzone“ tauchen im Roman schon sehr früh auf (S. 11 f.) und entspringen den Gedanken des Protagonisten des Romans, Matthias Jänicke. Es handelt sich also um Zitate, die als solche gekennzeichnet werden sollten (Anführungszeichen, Seitenangabe).

Dies ist in der Rezension nicht geschehen, und die beiden Worte können als rechtspopulistische Aussagen der Rezensentin betrachtet werden. Was diese – hoffentlich – nicht beabsichtigt hat.“

Walter Schmid

Kollege Schmid hat recht: Mit Anführungszeichen würde klarer, dass es sich bei den Begriffen „Ostzone“ und „Unrechtsstaat“ um die aus eigener Erfahrung geschöpfte Wortwahl des Autors Kempowski handelt und nicht um die Meinung der Rezensentin (der jeder Rechtspopulismus zuwider ist).

Redaktion AR

Eugen-Rombach-Tage 2018

**Bedingungsloses Grundeinkommen in der Diskussion
vom 29.10.2018 – 31.10.2018 in Herrenberg-Gültstein;**

Veranstaltungsleitung: Traudel Kern, Erika Braungardt-Friedrichs, Barbara Haas

Programm

Montag, 29. Oktober 2018

- 14:30 Uhr Kaffee
 15:00 Uhr Kennenlernen, Organisatorisches
 16:00 Uhr **Das bedingungslose Grundeinkommen in der Diskussion;**
Referent: Ronald Blaschke, Mitbegründer des Netzwerks Grundeinkommen mit anschließender kritischer Auseinandersetzung mit Jendrik Scholz, Abteilungsleiter für Arbeits- und Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund Baden-Württemberg
 18:30 Uhr Abendessen
 20:00 Uhr **Offene Angebote:**
 Vertiefendes Gespräch mit Ronald Blaschke, Schreibwerkstatt mit Traudel Kern „Mein Leben im Ruhestand“, Fortsetzung Di, 11.00 Uhr, Singlust mit Martin Kunz, Bewegung mit Britta Engelhardt

Dienstag, 30. Oktober 2018

- 9:00 Uhr Projekt bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia,
Referentin: Simone Knapp (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA)
 10:30 Uhr Kaffee
 11:00 Uhr **Workshop 1:**
 Demenz-Partner-Schulung mit Silvia Kern, Alzheimer-Gesellschaft BW
Workshop 2:
 Weitere Erfahrungsberichte mit dem Grundeinkommen (Schweiz, Finnland, Berlin,.....) mit Ronald Blaschke
Workshop 3:
 Armut und Reichtum mit Barbara Haas
Workshop 4:
 Mein Leben im Ruhestand – Schreibwerkstatt mit Traudel Kern
 12:15 Uhr Mittagessen
 Am Nachmittag:
 Ausflug nach Tübingen (siehe Titelbild) mit verschiedenen Angeboten:
 Besuch des Lebensphasenhauses, Stadtpaziergang, das neue Weltkulturerbe-Pferdchen im Schloss-Museum
oder

- Führung durch die KZ Gedenkstätte in Hailfingen/Tailfingen mit Harald Roth und Volker Mall (wenige Kilometer von Gültstein entfernt)
 18:30 Uhr Abendessen
 20:00 Uhr Des Alterns Lust und Last - Senior/innen schreiben! Lesung mit eigenen Texten von Autor/innen der Schreibwerkstatt und Autor/innen unter den Teilnehmenden Lieder und Texte mit Traudel Kern, begleitet von Martin Kunz

Mittwoch, 31. Oktober 2018

- 9:00 Uhr Aktuelles aus der Arbeit der GEW in Baden-Württemberg mit Doro Moritz, GEW- Landesvorsitzende
 10:30 Uhr GEW-Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren in Land und Bund mit Barbara Haas, FB Seniorenpolitik der GEW-BW und Vorsitzende im Team des Bundesausschusses der Seniorinnen und Senioren und Margot Littwin für das Team der Vorsitzenden des LPGA der Mitglieder im Ruhestand
 11:30 Uhr Ausblick
 12:15 Uhr Mittagessen, Ende der Tagung

Kosten: Die Teilnahmegebühr beträgt 90 Euro pro Person für Unterbringung und Verköstigung. Die Teilnahmegebühr wird durch ein SEPA Lastschriftmandat eingezogen, das vor Ort ausgefüllt wird. Die weiteren Kosten tragen die GEW, der VbLL und die Löhnnerstiftung. Nichtmitglieder tragen die vollen Kosten für Unterbringung und Verköstigung (Pauschalpreis für den gesamten Zeitraum 186 Euro im DZ, 192 Euro im EZ).
Online-Anmeldung unter: www.gew-bw.de/e-r-t vom **11.09.2018, 9 Uhr, bis 21.09.2018.** Bitte jede Person einzeln anmelden. Es werden keine Vorabanmeldungen angenommen. Fahrtkosten werden nicht erstattet. Eine Bestätigung der Teilnahme bzw. Absage/Warteliste wird ab dem 24. September 2018 versandt. **Achtung:** die Teilnehmerzahl und die Zahl der Einzelzimmer sind beschränkt. Bei einer **Abmeldung/Absage** nach dem 18. Oktober 2018 müssen wir 50 Euro Stornierungskosten in Rechnung stellen, sofern wir keine Nachrückerin, keinen Nachrücker finden. Wer nicht über Internet verfügt, kann sich ausnahmsweise unter 0711 21030-26 anmelden. Vorabanreisesende zahlen ihre private Übernachtung im Tagungshaus direkt vor Ort.

Einladung zum vierten politischen Seminar für die Mitglieder im Ruhestand / Südbaden in Wiesneck bei Freiburg

Thema: „Eine kritische Sichtung journalistischer Arbeit Orientierung im Medienschwungel“

Der Journalismus ist in der letzten Zeit stark unter Kritik geraten. Wir werden uns mit den folgenden Bereichen auseinandersetzen:

- Unter welchen Bedingungen arbeiten Journalistinnen und Journalisten heute?
- Wie frei ist die Journalistin/ der Journalist in seiner Arbeit?
- (Eigentümerverhältnisse, Think-Tanks, Propaganda, Lobbys, Werbekunden, ...)
- Wie weit verändern die Social Media die journalistische Arbeit?
- Welche alternative Medien gibt es und was sind ihre Möglichkeiten?

Referentin: Gesa von Leesen, Journalistin/ ver.di

Referent: Andreas Zumach, freier Journalist und Publizist

Organisatorisches:

Das Seminar findet von Montag, dem 17. September 9.00 Uhr bis zum Dienstag, dem 18. September 17.00 Uhr im Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg, Wiesneckstr. 6 mit einer Übernachtung statt. Unterbringung im Einzelzimmer (auf Wunsch auch Doppelzimmer).

Kosten:

Der Tagungsbeitrag beträgt 30 €, die Übernachtungs- und Verpflegungskosten übernimmt die GEW; Nichtmitglieder zahlen zusätzlich die Übernachtungs- und Verpflegungskosten. Die Anfahrtskosten trägt jede/r selbst.

Anmeldung:

ab Montag, den 11. Juni bis Freitag, den 29. Juni 2018 (maximal 25 Plätze stehen zur Verfügung), online unter gew-bw.de/suedbaden oder postalisch: GEW Südbaden Wilhelmstr. 20 79098 Freiburg i.Br. Da nur eine beschränkte Anzahl von Plätzen zur Verfügung steht, entscheidet der Eingang der Anmeldung über die Teilnahme; GEW-Mitglieder werden bevorzugt berücksichtigt.

Isabell Kuchta-Papp



www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt